



Berlin/Paris, 22. September 2020

4. Sitzung der DFPV: Grenzüberschreitende Gesundheitszusammenarbeit ausbauen und deutsch-französische Impulse für die WWU

Bahnverbindung Berlin-Paris: „Worten müssen jetzt Taten folgen!“

Am 21. und 22. September 2020 ist die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung im Rahmen einer Videokonferenz zu Ihrer vierten Sitzung zusammengekommen. Unter dem Vorsitz der beiden Parlamentspräsidenten Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU) und Richard Ferrand (LaREM) forderten die jeweils 50 deutschen und französischen Abgeordneten mit großer Mehrheit den Ausbau einer Schnellverbindung **Berlin-Paris**. Das Verkehrsprojekt wurde schon 1992 im Vertrag von La Rochelle vereinbart. In der Prioritätenliste zum Vertrag von Aachen wurde der Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsprojekte aufgenommen. Die EU-Verkehrsminister hatten zudem gestern über ein Netz schneller Verbindungen zwischen den europäischen Metropolen beraten. Die beiden Vorsitzenden Andreas Jung (CDU/CSU) und Christophe Arend (LaREM) appellierten gemeinsam: „Den Worten müssen jetzt Taten folgen! Berlin-Paris sollte als gemeinsames deutsch-französisches Projekt mit Mitteln aus dem europäischen Aufbaufonds finanziert werden.“

Für eine Befragung durch die Abgeordneten zur **deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Pandemiebekämpfung** nahmen auch Bundesgesundheitsminister Jens **Spahn** und sein französischer Amtskollege Olivier **Véran** an der Sitzung teil. Die beiden Minister betonten, dass das Coronavirus nur grenzüberschreitend bekämpft werden könne. Es sei wichtig, dass sich Europa gemeinsam für den Fall weiterer Infektionswellen vorbereitet. „Wir müssen gezielt da zusammenarbeiten, wo die europäische Zusammenarbeit einen Mehrwert für alle bietet“, sagte Gesundheitsminister Jens Spahn. Sein französischer Amtskollege unterstrich, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit bei der Versorgung von Intensivpatienten auch Leben gerettet habe.

In einem Beschluss sprachen sich die Abgeordneten mit großer Mehrheit für den Ausbau der **grenzüberschreitenden Gesundheitszusammenarbeit** aus. Der deutsche Vorsitzende der Versammlung, Andreas Jung, führte hierzu aus: „Um erneute Grenzsicherungen zu verhindern fordern wir die Erarbeitung grenzüberschreitender Pandemiestrategien. Wir müssen gemeinsam Lehren aus dieser Krise ziehen und auf eine europäische Gesundheitsunion hinarbeiten.“ Deutschland und Frankreich müssten hier als Vorreiter vorangehen, forderte der französische Vorsitzende Christophe Arend. „Zusammenarbeit ist jetzt wichtiger denn je. Den Kampf gegen Corona können wir in Europa nur gemeinsam gewinnen. »

Ebenfalls den Fragen der Abgeordneten stellte sich die Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine **Lagarde**. Sie betonte, dass die EZB die Entwicklung im Euro-Raum weiter aufmerksam verfolgen und bei Bedarf die Nutzung ihrer Instrumente anpassen werde. Weitere Themen in der Diskussion waren die Anleihekaufprogramme, die Schaffung einer europäischen Digitalwährung und die Unterstützung des Green Deals durch währungspolitische Maßnahmen. In einem weiteren Beschluss legten die Abgeordneten konkrete Vor-



schläge zur **Stärkung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion** vor. Zudem begrüßten sie die deutsch-französische Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Emmanuel Macron, auf deren Grundlage im Europäischen Rat eine Grundsatzvereinbarung zum Wiederaufbaufonds und mehrjährigen Finanzrahmen erreicht wurde. Die Parlamentspräsidenten Dr. Wolfgang Schäuble und Richard Ferrand dankten Präsidentin Christine Lagarde für ihre Bereitschaft zur Diskussion mit den Abgeordneten.

Außerdem wurden zwei Arbeitsgruppen zu den Themen „Außen- und Verteidigungspolitik“ und „Migration, Asyl und Integration“ eingesetzt. Diese sollen bis zur Sitzung der Versammlung in der zweiten Jahreshälfte 2021 ihren Bericht vorlegen. Am Rande der Sitzung der Versammlung sind zudem die bestehenden Arbeitsgruppen zusammengekommen. Die Mitglieder der AG „European Green Deal“ konnten den Vize-Präsidenten der EU-Kommission **Frans Timmermans** befragen.

Die beiden Vorsitzenden zeigten sich zufrieden mit dem Verlauf der Sitzung. „Dass wir in dieser Sitzung mit der EZB-Präsidentin und mit den für die Bekämpfung von Corona in unseren Ländern zuständigen Minister diskutieren konnten unterstreicht die Bedeutung, die die Versammlung erreicht hat“, so Christophe Arend. Auch Andreas Jung unterstrich die Signalwirkung der vierten Sitzung. „Gerade in der Krise ist es wichtig, die Kräfte zu bündeln und gemeinsam voranzugehen. Hierfür haben wir als Parlamentarier konkrete Vorschläge gemacht. Nun ist es an den Regierungen, diese aufzugreifen.“

Hintergrund:

Die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (DFPV) wurde mit dem deutsch-französischen Parlamentsabkommen zwischen dem Deutschen Bundestag und Assemblée nationale im März 2019 ins Leben gerufen. Der DFPV gehören je 50 Mitglieder aus allen Fraktionen beider Parlamente an. Sie tagt mindestens zweimal im Jahr abwechselnd in Deutschland und Frankreich unter Leitung der Parlamentspräsidenten. Die Vorsitzenden des Vorstands sind Andreas Jung (CDU/CSU) und Christophe Arend (LREM).